

## Netzdiskurs

### Internet und der Strukturwandel von Kommunikation und Öffentlichkeit

Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom **5. bis 7. Dezember 1997**

in Zusammenarbeit mit dem Benutzer-Service-Zentrum der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

**Stefan Marschall**

## Netzöffentlichkeit und institutionelle Politik

### Inhalt

1. Einleitung
2. Logik und Krise institutioneller Demokratie
3. Internet-Kommunikation als Weg aus der Legitimationskrise institutioneller Politik?
  - 3.1. Internet-Kommunikation als eigene Form demokratischer Politik?
  - 3.2. Internet-Kommunikation als Erweiterung der Öffentlichkeit institutioneller Politik?
  - 3.3. Internet-Kommunikation als operative Öffentlichkeit der nationalen und globalen Zivilgesellschaft?
4. Fazit

Literatur

### 1. Einleitung

Meine Überlegungen zum Verhältnis von Internet-Kommunikation und Demokratie nehmen ihren Ausgangspunkt in der gegenwärtig diagnostizierten Krise institutioneller Politik, die sich im nationalstaatlichen Rahmen konstituiert. Die leitende Fragestellung lautet: Kann Internet-Kommunikation helfen, diese Demokratiekrise zu überwinden? Bevor ich kursorisch auf Erscheinungsbild und Ursachen der Agonie nationalstaatlicher Demokratie eingehen werde, muß ich einige Prämissen vorwegschicken.

Die zentrale Vorbedingung klingt zunächst unspektakulär und konsensfähig. Sie lautet: Der Aufbau demokratischer Strukturen ist eine erstrebenswerte Zielsetzung. Banal ist diese Prämisse dann nicht, wenn sich die Frage stellt, was überhaupt unter Demokratie zu verstehen ist. Eine solide Grundlage für ein modernes Demokratieverständnis bietet meines Erachtens eine Definition aus vergangenen Tagen – und zwar die Annäherung, die Abraham Lincoln in seiner „Gettysburg Address“ 1863 vorgenommen hat (vgl. hierzu von Arnim 1997). Lincoln zufolge ist Demokratie „government of the people, by the people, for the people“. Übersetzt man diese Definition in die Sprache der Systemtheorie, lassen sich „Regierung des Volkes“ und „Regierung durch das Volk“ als Input-Elemente des politischen Systems bestimmen. „Regierung für das Volk“ bezieht sich auf den Output, auf die Effektivität und Güte der Entscheidungen (vgl. hierzu Benz 1997).

## 2. Logik und Krise institutioneller Demokratie

Was bedeutet institutionelle Politik? Hierbei handelt es sich um die Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen mittels geregelter Verfahren; die grundlegende Festlegung der Verfahren wird in Verfassungen vorgenommen. „Institutionell“ impliziert „konstitutionell“. Moderne Demokratien bedienen sich dabei repräsentativer Institutionen, die zwischen Normsetzung und Bürgerschaft vermitteln sollen.

Legitimation wird in repräsentativen Demokratien zum einen über Wahlen verliehen. Zum anderen müssen in der wahlfreien Zeit Kommunikationsprozesse zwischen Bürgerschaft und Repräsentanten stattfinden (vgl. Patzelt 1993). Politische Öffentlichkeit, verstanden als der Komplex, zu dem sich die verschiedenen Dimensionen politischer Kommunikation zusammenfügen, hat somit in repräsentativen Systemen erstens die Aufgabe, die Transparenz staatlichen Handelns herzustellen. Zweitens werden über den Kommunikationsraum Öffentlichkeit Stimmungen, Interessen, Wünsche und Präferenzen von der Bevölkerung in den repräsentativen Entscheidungsraum transportiert.

Institutionelle Politik erhält ihre „Legitimation durch Verfahren“ (Luhmann 1969). Werden die Verfahren der Beschlußfindung akzeptiert, finden auch die Ergebnisse des Prozesses Zustimmung. Somit spielen Input- und Output-Legitimität eine sich gegenseitig bedingende Rolle. Die Logik der Input-Legitimität baut darauf, daß Entscheidungen, die nach den geregelten Verfahren getroffen werden, „gute“ Entscheidungen sind. Mit den Begriffen Lincolns: „government of2 und 2government by the people“ führt zu „government for the people“ – zu einem Regieren im Sinne und zum Wohle der Bevölkerung.

Betrachtet man sich die gegenwärtigen Analysen scheint diese Logik nicht mehr zu funktionieren. Glaubt man den einschlägigen Beobachtern, befindet sich die repräsentative Form demokratischer Politikgestaltung in einer komplexen Krise. Ihre Ursachen liegen – ohne dies an dieser Stelle weiter zu vertiefen – in den Globalisierungsprozessen, vor allen den ökonomischen und ihren Auswirkungen auf den „Wohlfahrtsstaat“ (vgl. Klingemann/Luthardt 1993), in der Pluralisierung der Gesellschaften und der sozialen Nischenbildung, im Wertewandel und im Verlust des Politischen (vgl. u.a. D. Brock 1997; Dubiel 1997; Friedrichs 1997). Auch bewegt sich die politische Öffentlichkeit, die sich in erster Linie über die Massenmedien herstellt, weiter weg von dem Ideal eines allseits offenen demokratischen Kommunikationsraums (vgl. grundlegend Habermas 1990).

Der abgeleitete Befund besagt, daß der Output institutioneller Politik nicht mehr den anstehenden Problemen gerecht wird. Unentbehrliche Reformen werden nicht verabschiedet, notwendige Politikprozesse blockiert (vgl. zur Debatte Lösche 1997). Die Legitimität der Input-Strukturen wird in Frage gestellt, weil ihnen die Gewährleistung eines effektiven Outputs nicht mehr zugetraut wird. Dies nimmt die Gestalt einer Systemdebatte an, in der beispielsweise vom BDI-Präsidenten, aber auch von anderen entscheidende Verfahrensfragen wie das Wahlrecht und föderale Entscheidungsstrukturen in Frage gestellt worden sind. Solche Äußerungen sind möglich geworden, nachdem das allgemeine Vertrauen in die Institutionen seit Beginn dieses Jahrzehnts kontinuierlich gesunken ist (vgl. Walz 1997) und Politikverdrossenheit allorts vermerkt wird.

Angesichts der Strukturprobleme ist eine Suche nach neuen Formen demokratischer Politikgestaltung im Gange, die verschiedene Rezepte hervorgebracht hat (vgl. u.a. L. Brock 1997; Dubiel 1997). Zum einen die Erweiterung repräsentativer Systeme um direktdemokratische Komponenten – eine Diskussion, die zumindest in der Bundesrepublik sehr kontrovers geführt wird. Zum

anderen wird als Ausweg aus der Repräsentationskrise das Ausweichen auf Bereiche nicht-institutioneller Politikprozesse empfohlen (vgl. u.a. Schmalz-Bruns 1995). Nicht-institutionelle Politik findet in Form von autonomer Selbstregulierung innerhalb der Zivilgesellschaft mit hoher Verbindlichkeit in Form von „Subpolitik“ (Ulrich Beck) statt. Nicht-institutionelle Formen von Politik gibt es auch jenseits des nationalstaatlichen Rahmens auf der globalen Ebene. Hier spielen vor allem die Nichtregierungsorganisationen, NGOs, eine besondere Rolle. Ein abschließend zu erwähnendes Konzept zur Überwindung der Demokratiekrise empfiehlt die Übersetzung des institutionellen Prinzips der liberalen Demokratie auf die verschiedenen Ebenen der Politikgestaltung. Dazu gehört neben der Beibehaltung des nationalen Verfassungsstaates die Ausweitung lokaler Demokratie und die institutionelle Ausstattung supra- und internationaler Systeme mit demokratisch legitimierten Institutionen.

### **3. Internet-Kommunikation als Weg aus der Legitimationskrise institutioneller Politik?**

Angesichts dieser Krise repräsentativer Demokratie wird das Internet mit Heilserwartungen befrachtet. Und im selben Augenblick treten Skeptiker auf, die in der neuen Informations- und Kommunikationstechnik kein Potential für die Krisenbewältigung verorten, sondern lediglich eine „Techno-Utopie“. Auf der Grundlage dieser Dialektik, zwischen Lobgesang und Grabrede, möchte ich mögliche Hilfestellungen des Internet für „mehr Demokratie“ diskutieren.

Ein solches Vorgehen entbehrt nicht einer gewissen Paradoxie. Ist es doch auch die Globalisierung der Kommunikation, die zu den Strukturproblemen demokratischer Repräsentation geführt hat. Ist doch auch die Globalisierung der Kommunikationsnetze ein Faktor für die Entgrenzung der Staatenwelt. Zum Beispiel basiert das Outsourcing auf telematischen Systemen wie dem Internet (vgl. Becker/Salamanca 1997). So mag es gewagt wirken, die Krankheitsursache als Medizin zu empfehlen, aber wie so oft liegen Wohl und Wehe einer technologischen Entwicklung nahe beieinander.

Was kann das Internet für die Demokratie tun? In meinen Überlegungen will ich ohne den Anspruch auf Vollständigkeit drei Perspektiven unterscheiden. Ich frage erstens nach der Existenz einer netzeigenen demokratischen Politik, zweitens nach den Möglichkeiten, die Strukturprobleme der institutionellen Politik mit Hilfe des Internet zu lösen und drittens nach einer demokratiefördernden Netznutzung seitens zivilgesellschaftlicher Akteure.

#### **3.1. Internet-Kommunikation als eigene Form demokratischer Politik?**

Zur ersten Perspektive: Können über das Internet Prozesse der Politikgestaltung stattfinden, die demokratisch legitimiert sind? Oder finden diese bereits statt? Die Frage nach demokratischer Politik auf dem Internet spalte ich in zwei Komplexe auf: Handelt es sich hierbei um Politik? Handelt es sich hierbei um demokratische Politik?

##### **a) ... Politik?**

Politik wird gemeinhin als die Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen verstanden. Oder mit den Worten des Politikwissenschaftlers Ulrich von Alemann „Politik ist öffentlicher Konflikt von Interessen unter den Bedingungen von öffentlichen Machtgebrauch und Konsensbedarf“ (von Alemann 1994: 148). Durchaus werden im Rahmen von Internet-Kommunikation Vereinbarungen gefunden und Konflikte bereinigt. Die knappen Netzressourcen und die damit verbundenen Interessenkollisionen induzieren Prozesse der Selbstregulation durch die Nutzer, zum Beispiel in Form der „Netiquette“. Hierbei handelt es sich um Verhaltensnormen, die aus-

schließlich unter Rückgriff auf die technischen und kulturellen Ressourcen des Internet gefunden worden sind.

Derartige Prozesse der Vereinbarung sind durchaus politisch in dem Sinne, daß sie regelsetzend sind, daß verbindliche Normen gefunden werden. Aber sind diese allgemein verbindlich? Reichen sie über den Kreis der Internet-Gemeinde hinaus? Sind sie öffentlich im Sinne von nicht-privat? Verbindlich sind diese Regulative lediglich für die Teilnehmer an den jeweiligen Internet-Anwendungen, oder für diejenigen, die zur Netzgemeinschaft hinzustoßen möchten. Sie reichen nicht über diesen engen Kreis hinaus und unterscheiden sich somit kaum beispielsweise von der internen Satzung eines eingetragenen Vereins. Internet-Regulation innerhalb von Newsgroups ist sogar wesentlich unverbindlicher als die Satzung eines realen Vereins, da „exit“ (Albert O. Hirschman) jederzeit möglich ist und die Teilnehmer anonym bleiben können. Eine Abstrafung bei dem Verstoß gegen die gesetzten Regeln kann in Form eines erzwungenen "exit" stattfinden. Die – auch erzwungene – Abwanderung aus „elektronischen Gemeinschaften“ (Höflich 1996) ist mit geringen Kosten verbunden, mit vermutlich geringeren als der Austritt aus einem Realverein.

Wenn sich Michael Jäckel zufolge „soziale Interaktionen“ durch „geringe Rückzugsmöglichkeiten“ definieren, dann finden solche Interaktionen auf dem Netz nicht statt – trotz der vielbeschworenen „Interaktivität“ (Jäckel 1995: 466). Vielmehr handelt es sich um die Interaktion von Texten und Zeichen mit Menschen. Sybille Krämer (1997) spricht in diesem Zusammenhang von dem Spiel auf dem Netz und den Spielregeln, die sich die Teilnehmer geben. Esther Dyson, eine amerikanische Internet-Aktivistin, kommt hingegen zu einer anderen Schlußfolgerung, wenn sie in bezug auf die elektronischen Vereinigungen sagt: „Die Gesetze solcher Gemeinschaften besitzen in der Tat höhere moralische Autorität als jene der herkömmlichen Staaten oder der meisten anderen Regierungen, weil sich die Mitglieder solcher Gemeinschaften freiwillig zusammengeschlossen haben und jederzeit frei sind, die Gemeinschaft wieder zu verlassen“ (1997: 20). Dyson sieht in der erleichterten „exit“-Option eine Quelle höherer Legitimität.

Natürlich kann uns niemand daran hindern, den Politikbegriff so zu weiten, daß auch die Netzregulation „politisch“ wird. Innerhalb eines so weiten Politikbegriffes handelt es sich jedoch um eine sehr marginale Nische, über die wir dann sprechen. Vor allem hat dieser Raum mit den stofflichen Lebenswelten nichts mehr zu tun. Virtuelle Gemeinschaften sind von materialen Lebensumständen entkoppelt. Kommunikation aber macht nicht satt, gibt einem kein Dach über den Kopf, kleidet nicht, macht nicht gesund und schützt auch nicht davor, Opfer eines physischen Verbrechens zu werden. Dieser materiale Teil von Politik wird in der reinen Internet-Kommunikation ausgeblendet. Laut den Vertragstheoretikern liegt hierin aber die zentrale Aufgabe politischer Vergesellschaftung: die Abwehr von Not und Existenzbedrohung. Deswegen ist aber auch der „exit“ sozial folgenlos und die Leichtigkeit abzuwandern ein Ausdruck der Unverbindlichkeit der Vereinigung und der moralisch geringeren Qualität ihrer Verfaßtheit – ganz im Gegensatz zu Esther Dysons Feststellung.

## **b) Demokratische ...?**

Vollzieht sich das, was Netzpolitik genannt wird, entlang demokratischer Strukturprinzipien? Zur Probe will ich einige, zugegebene strenge Input-Kriterien anlegen, die Bernhard Peters als zentrale Prinzipien einer demokratischen Öffentlichkeit identifiziert (vgl. Peters 1994):

1. Offenheit: Demokratie impliziert die Berücksichtigung und partizipative Einbindung der gesamten Bevölkerung („government of the people“).

2. Gleichheit: die Chance der Beteiligung an kommunikativen Prozessen sollte nicht unausgewogen verteilt sein, denn Demokratie impliziert die Gleichwertigkeit der Menschen („all men are equal“).
3. Diskursivität: Statt einer interessegebundenen Machtkommunikation soll rationales Argumentieren stattfinden, denn Demokratie will als Ergebnis die sachlich besten Entscheidungen („government for the people“).

Zur Offenheit: Eine allgemeine Offenheit des Netzes ist derzeit nicht gegeben. Die Teilnahmemöglichkeiten am Internet sind systematisch eingeschränkt. Dabei haben diejenigen bekannterweise schlechte Karten, denen technisch (mangels Zugangsmöglichkeiten), materiell (mangels finanzieller Beschaffungsmittel für Anschluß und Endgerät) oder bildungsbedingt (aufgrund fehlender Ausbildung und organisatorischer Einbindung) der Zugang erschwert oder verwehrt ist. Zur Gleichheit: Diese ist dann nicht gegeben, wenn beispielsweise unterschiedliche technische Voraussetzungen in Form des Zugangs und des Endgeräts Kommunikationschancen asymmetrisch verteilen. Zur Diskursivität: Zumindest ein Teil der Anwendungen (zum Beispiel Web-Sites) kreiert ein disperses Publikum und stellt Massenkommunikation im Sinne einseitiger Kommunikationsstrukturen her. Diskursive Netzanwendungen erlauben wiederum nur die Teilnahme weniger User.

Internet-Kommunikation schneidet bei diesen zugegeben strengen Kriterien nicht glänzend ab. Der Einwand, daß Massenkommunikation auf den Dimensionen möglicherweise noch schlechtere Ergebnisse aufweist, kann diesen Befund nicht relativieren. Werden doch gerade die demokratischen Input-Strukturen des Internet in Kontrast zu der „undemokratischen“ Massenkommunikation von den Befürwortern einer "Netzdemokratie" hervorgehoben (vgl. Marschall 1997). Zumindest scheinen Idealvorstellungen im Hinblick auf das Internet überdimensioniert – allemal die Hoffnung, hier einen Ausweg aus der Krise der alten Demokratie entdeckt zu haben.

### **3.2. Internet-Kommunikation als Erweiterung der Öffentlichkeit institutioneller Politik?**

Kann die alte, institutionelle Politik durch den Einsatz des Internet eine neue Qualität erhalten? Mit anderen Worten: Vermag das Internet die repräsentative Politik in einer Art und Weise zu ergänzen, daß diese ihre demokratische Legitimität stabilisieren kann?

Da sich Netzinteraktion wie dargelegt als Kommunikationsraum manifestiert, liegt es nahe, den möglichen Beitrag des Internet zum Aufbau einer politischen Öffentlichkeit zu diskutieren. Zwei demokratische Funktionen von Öffentlichkeit stehen hierbei im Vordergrund: Zum einen könnten politische Vorgänge und Inhalte transparent gemacht werden; dies ist für die Kontrolle der Herrschenden und als Grundlage einer rationalen Wahlentscheidung essentiell. Zum anderen kann sich Willensbildung und -vermittlung über das Netz konstituieren; hierauf ist Repräsentation angewiesen, will sie responsiv sein.

Konkreter gefaßt ist es denkbar, daß sich Bürger unmittelbar via E-Mail an Abgeordnete wenden, daß in Diskussionsforen Prozesse der Willensbildung stattfinden, daß über das WWW umfassende Informationen, beispielsweise Parlamentaria zur Verfügung gestellt werden.

#### **a) Transparenz**

Für die Bereitstellung von kostengünstiger Information kommen Internet-Anwendungen wie gopher. Bislang interne Datenbanken können für externe Interessierte zugänglich gemacht werden. Mehr Information führt aber nicht zwangsläufig zu mehr Transparenz. Transparenz mit

Winfried Steffani verstanden als „Grad der Nachvollziehbarkeit und Durchschaubarkeit“ (Steffani 1979: 144) setzt die angemessene kognitive Verarbeitung von Information voraus. So droht ein größeres unstrukturiertes Angebot an Informationen und Medien vielmehr Wissensklüfte auszuweiten, also die ohnehin bestehende Kluft zwischen ressourcenstarken politisch Aktiven und ressourcenarmen politisch Inaktiven zu vertiefen. Denn eine Zunahme an Informationsmöglichkeiten – so die zentrale Annahme der Wissenskluffthese (vgl. Saxer 1992) – bevorzuge diejenigen, die aufgrund von Ressourcen oder ihrer Ausbildung in der Lage sind, aus der Informationsflut die für sie wesentlichen Daten herauszufiltern.

Die Fähigkeit des Internet, politische Transparenz herzustellen, hängt darüber hinaus davon ab, ob die User von entsprechenden Angeboten Gebrauch machen wollen. Im Internet stehen politische Informations- und Dialogofferten in Konkurrenz zu einer dominanten Anzahl von zerstreuten Kommunikationsangeboten – noch im stärkeren Umfang als bei den Massenmedien (vgl. Rilling 1997). Der „chat“ mit einem User in Japan oder in den USA oder das komfortable Homebanking ist im Sinne des „Nutz-Spaßes“ (Grüne/Urlings: 495) attraktiver als politische Informations- und Kommunikationsangebot.

## **b) Willensvermittlung und Responsivität**

Internet-Kommunikation erlaubt eine nicht-mediatisierte Kommunikation zwischen Parlamentariern auf der einen und Bürgern auf der anderen Seite. Während in der Massenkommunikation die Journalisten als Vermittler zwischengeschaltet sind, kann via Netz eine unmittelbare Auseinandersetzung zwischen Volksvertretung und Bürgerschaft stattfinden. Die so erreichbare Dichte der Kommunikation könnte einer Abkopplung von Repräsentanten und Repräsentierten entgegenwirken.

Folgende Einwände sind jedoch angebracht:

1. Der Zugang zum Internet ist – wie angesprochen – noch systematisch exklusiv. Bestimmte Teile der Bevölkerung haben somit keine Chance, ihre Interessen über dieses Medium zu artikulieren.
2. Die niedrigen Kommunikationskosten erschweren es für den Empfänger von Nachrichten, hier den Abgeordneten, die persönliche Relevanz und Dringlichkeit der Nachricht für den Sender einzuschätzen. Die Valenz eines Wunsches bleibt somit obskur; evident wird nur die Existenz.
3. Die niedrigen Kommunikationskosten führen im Bereich der E-Mail zu „Mass Mailing“, zur Kommunikationsflut, die auf den einzelnen Abgeordneten einbrechen kann. Ein Zwischenschalten von Moderatoren, zum Beispiel in Person von Mitarbeitern und Referenten wird notwendig. So stellt Thomas Zittel für den amerikanischen Kongreß fest, daß die Bearbeitung einer E-Mail innerhalb der Abgeordnetenbüros nicht anders abläuft als die von Briefpost. Sie gelange nur in Ausnahmefällen zum Abgeordneten selbst (Zittel 1997: 27).
4. Wem gegenüber sind die „vernetzten Politiker“ verantwortlich? Internet-Kommunikation kann den direkten kommunikativen Bezug zwischen Wahlkreis und Parlamentarier relativieren. Doch gerade in der Dichte der Kommunikation von Abgeordneten mit den Bürgern in den Wahlkreisen wird ein Garant für hohe empirische Responsivität gesehen (vgl. Weßels 1993: 125-129). Das Parteiensystem der Bundesrepublik, aber auch der amerikanische Parlamentarismus beruht auf dem Prinzip des Wahlkreises, der „constituency“. Das Internet staffelt sich jedoch nicht geographisch, sondern thematisch. Die Strukturen des gesellschaftlichen Kommunikationsraums und die parlamentarischen Repräsentationsstrukturen bewegen sich voneinander weg. Wie sollten Abgeordnete auf E-Mails von Personen reagieren, die nicht aus dem jeweiligen nati-

onalstaatlichen Bezug kommen? Wo liegen hier die Grenzen der Zuständigkeit? Hier wäre zumindest eine neue Rollendefinition der Abgeordneten vonnöten.

Eine Anmerkungen zu einem empirischen Einwand: Man stelle sich vor, es gäbe Chancen zur zweiseitigen Kommunikation, aber keiner nutzte sie. Rainer Rilling diagnostiziert bei den Internet-Aktivitäten politischer Institutionen eine Dominanz „politischer Abwärts-Information und Propaganda bzw. des politischen Marketings“ (vgl. Rilling 1997: 198). Schaut man sich exemplarisch das Internet-Angebot des Bundestages an, kommt man prima vista zu einem anderen Schluß (vgl. <http://www.bundestag.de>). Dort sind mittlerweile Features eingerichtet worden, die durchaus einen potentiell zweiseitigen Charakter vorweisen. Beispielsweise haben Online-Konferenzen zu Themen stattgefunden, bei denen Internet-User mit jeweils zwei Abgeordneten in Echtzeit diskutieren konnten. Gleichfalls sind seit Juli diesen Jahres Diskussionsforen nach dem Pinwand-Prinzip eingerichtet worden. Dort können Abgeordnete und Internet-User Beiträge zu spezifischen Themen einstellen. Indes bleiben entscheidende kommunikative Machtpotentiale beim Bundestag. Zum Beispiel werden die Themen vom Parlament festgelegt und Online-Konferenzen respektive Diskussionsforen moderiert. Bei Online-Konferenzen bedeutet dies, daß die Beiträge der Fragesteller erst dann auf dem Netz eingestellt werden, wenn der oder die Abgeordnete diese beantworten will.

Letztlich steht und fällt die zweiseitige Kommunikation mit der Bereitschaft der Parlamentarier, diese Angebote zu nutzen und in ihre Tätigkeit einzubinden. Dabei mag ein Abgeordneter wie Jörg Tauss, die Ausnahme bilden, der von sich selbst als „vernetzter Abgeordneter“ spricht. Er empfiehlt sich und seinen Kollegen: „Es gibt Formen politischer Kommunikation im Netz, die auch bei Politikern zu völlig neuen Erfahrungen führen. Wir wären aber schlecht beraten, diese Chancen nicht offensiver zu nutzen“ (Tauss 1997: 12). Für den amerikanischen Kongreß stellt hingegen Zittel desillusionierend fest: „Wenigen Computer-Enthusiasten steht eine Mehrheit von Repräsentanten gegenüber, die unter Verweis auf die bestehenden technischen Probleme abwartend reagiert“ (Zittel 1997: 28).

Am Ende dieses Abschnitts vielleicht noch grundlegend relativierende Bemerkungen: Vielleicht kann durch Internet-Kommunikation die politische Öffentlichkeit qualitativ verbessert werden. Skeptisch muß man jedoch bezüglich der Leistungsfähigkeit und Legitimationskraft der liberalen Demokratien auch nach einer „Internetisierung“ (Sarcinelli/Wissel 1996) bleiben. Die zentralen Krisenursachen wie die sich wandelnde Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft sowie die damit verbundene Ressourcenknappheit in den ehemaligen Wohlfahrtsstaaten lassen sich nicht allein durch eine verbesserte Kommunikation beseitigen. Und was nützt ein gut kommunizierendes Parlament, wenn seine Entscheidungsspielräume immer weiter schrumpfen, wenn bereits die Ära der „postparlamentarischen Demokratie“ verkündet wird, wenn „government“ vermehrt durch „2governance“ ersetzt wird (vgl. Andersen/Burns 1996). Daß eine Etablierung von Parlamentarismus auf supra- und internationaler Ebene mit oder ohne Internet eine Machtchance hat, wird somit um so fraglicher.

### **3.3. Internet-Kommunikation als operative Öffentlichkeit der nationalen und globalen Zivilgesellschaft?**

Das Internet bietet kommunikative Chancen für den Ausbau und die Ausgestaltung von Subpolitik auf nationaler, aber auch auf globaler Ebene. Dabei kann sich über das Netz die Öffentlichkeit formen, die seitens zivilgesellschaftlicher Akteure und Gruppen zur Behauptung gegenüber den Zentren institutioneller Politik benötigt wird. Kommunikation über die Barrieren hinweg

oder auch innerhalb der nationalstaatlichen oder regionalen Grenzen erlaubt Erfahrungsaustausch, Informationsgewinnung, aber auch Interessenvermittlung.

Ein prominentes Beispiel für eine derartige Anwendung ist der Einsatz des Internet während der Aktionen und Proteste der Opposition in der serbischen Republik vor gut einem Jahr. Aber auch die Stadtinformationssysteme oder Straßenzeitungen im Internet zeigen Potentiale auf der lokalen Ebene.

Hierbei handelt es sich um Formen von Kommunikation, die materiale Entscheidungen und Entwicklungen zur Folge haben; es bleibt somit nicht bei der Interaktion von Zeichen; vielmehr werden die Kommunikationen in gesellschaftliche Wirklichkeit umgesetzt, die Virtualität überschritten. Dazu ist der lokale Raum der bevorzugte Aktionskreis frei nach dem Motto „think/communicate global, act local“. Gleichwohl ist gerade unter dem Stichwort NGO diese Perspektive für eine globale Zivilgesellschaft interessant, wenn mit Hilfe der Netzkommunikation eine Öffentlichkeit gegenüber internationalen oder supranationalen Organisationen hergestellt werden kann.

Die zivilgesellschaftlichen kommunikativen Handlungen haben Einfluß entweder auf den subpolitischen Bereich, auf die Lebenswelten der Betroffenen; sie können gleichfalls über das Internet in die institutionelle Politik einfließen. Hier verbindet sich die kommunikative Machtzuweisung an die Zivilgesellschaft mit der Demokratisierungschance der liberalen Demokratie.

#### **4. Fazit**

Das Internet hält Einzug in eine Epoche, in der wir uns Gedanken über die Zukunft der Demokratie machen müssen. Die alten Strukturen nationalstaatlicher Politik werden von den Entwicklungen der Zeit an ihre Grenzen, besser über ihre Grenzen hinaus gedrängt. Die Suche nach neuen Formen der Demokratie hat begonnen. Vielleicht haben einige schon resigniert und meinen, daß ein Weniger an Demokratie, ein weniger an Volksherrschaft in Zukunft wahrscheinlich sein wird. Andere setzen ihre Hoffnungen auf neue Spielarten der Demokratie – auch mit Hinblick auf das Internet. In jedem Falle empfiehlt sich ein differenzierter Blick – allein deswegen, weil über das Internet unterschiedliche Anwendungen denkbar sind.

Das Netz bietet meines Erachtens durchaus Chancen, politische Kommunikation zu beleben, ihr neue Räume zu geben, ohne jedoch die repräsentativen Politik völlig ersetzen zu können. Diese Potentiale gilt es auszuloten – pragmatisch und flexibel. Hier heißt es von den USA lernen. Dabei ist ein dogmatisch-hermetischer Demokratiebegriff aufzugeben, der Demokratie lediglich als statisches und staatliches System versteht. Das heißt jedoch nicht, daß wir alte Kategorien über Bord werfen sollten, um dann mit leeren Händen dazustehen. Vielmehr sind bewährte Konzepte von Demokratie anzupassen, ohne daß ihre grundlegenden Prinzipien verletzt werden.

#### **Literatur**

von Alemann, Ulrich (1994): Grundlagen der Politikwissenschaft. Ein Wegweiser, Opladen.

Andersen, Svein S./Tom R. Burns (1996): The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy: A Study of Post-parliamentary Governance, in: Svein S. Andersen/Kjell A. Eliassen (Hrsg.), The European Union: How Democratic Is It?, London u.a., S. 227-251.

- von Arnim, Hans Herbert (1997): Demokratie vor neuen Herausforderungen, in: Carsten Schlüter-Knauer (Hrsg.), Die Demokratie überdenken, Festschrift für Wilfried Röhrich, Berlin, S. 397-441.
- Becker, Jörg/Daniel Salamanca (1997): Globalisierung, elektronische Netze und der Export von Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42, S. 31-38.
- Benz, Arthur (1997): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat, Vortrag auf dem DVPW-Kongreß in Bamberg, 13.-17. Oktober.
- Brock, Ditmar (1997): Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. Von nationalen Volkswirtschaften zur globalisierten Weltwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34, S. 12-19.
- Brock, Lothar (1997): Verweltlichung der Demokratie. Aus der Verflechtungs- in die Entgrenzungsfalle?, Vortrag auf dem DVPW-Kongreß in Bamberg, 13.-17. Oktober 1997
- Dubiel, Helmut (1997): Der utopische Realismus der Demokratie, in: Merkur 51, S. 796-804.
- Dyson, Esther (1997): Release 2.0 – Die Internet-Gesellschaft. Spielregeln für unsere eigene Zukunft, München.
- Friedrichs, Jürgen (1997): Globalisierung – Begriff und grundlegende Annahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 33-34, S. 3-11.
- Grüne, Heinz/Urlings, Stephan (1996): Motive der Onlinenutzung. Ergebnisse der psychologischen Studie "Die Seele im Netz", in: Media Perspektiven, S. 493-498.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 3. Aufl., Frankfurt a.M.
- Höflich, Joachim R. (1996): Technisch vermittelte interpersonale Kommunikation. Grundlagen, organisatorische Medienverwendung, Konstitution "elektronischer Gemeinschaften", Opladen.
- Jäckel, Michael (1995): Interaktion. Soziologische Anmerkungen zu einem Begriff, in: Rundfunk und Fernsehen 43, S. 463-476.
- Klingemann, Hans-Dieter/Wolfgang Luthardt (Hrsg.) (1993): Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse, Festschrift für Jürgen Fijalkowski, Opladen.
- Krämer, Sybille (1997): Telematische Interaktivität. Zehn Thesen über die Kommunikation im Internet. Vortrag im Rahmen der Tagung "Netzdiskurs" der Evangelischen Akademie Loccum, 5.-7. Dezember.
- Lösche, Peter (1997): Die Normalität des "Stillstands", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42, S. 1031-1033.
- Luhmann, Niklas (1969): Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin.

- Marschall, Stefan (1997): Politik 'online' – Demokratische Öffentlichkeit dank Internet?, in: Publizistik 42, S. 304-324.
- Patzelt, Werner J. (1993): Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit, Passau.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (Sonderheft KZfSS 34), Opladen, S. 42-76.
- Rilling, Rainer (1997): Internet und Demokratie, in: WSI-Mitteilungen, 50. Jg., S. 194-205.
- Sarcinelli, Ulrich/Manfred Wissel (1996): "Internetisierung" von Öffentlichkeit und Demokratie? Trends, Chancen und Probleme für Politikvermittlung und politische Bildung im Online-Zeitalter, in: Thomas Meyer (Hrsg.), Jahrbuch 1996. Medien, Politik und politische Bildung, Bonn.
- Saxer, Ulrich (1992): Wissensklassen durch Massenmedien? Entwicklung, Ergebnisse und Tragweite der Wissensklutforschung, in: Werner D. Fröhlich/Rolf Zitzlsperger/Bodo Franzmann (Hrsg.), Die verstellte Welt. Beiträge zur Medienökologie, Weinheim/Basel, S. 141-189.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995): Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik, Baden-Baden.
- Steffani, Winfried (1979): Parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Opladen.
- Tauss, Jörg (1997): Der "vernetzte" Politiker: Die virtuelle Diskussion stärkt die Kompetenz. Manuskript der Rede für die Tagung der Akademie für das 3. Jahrtausend "Internet & Politik", München.
- Walz, Dieter (1997): Einstellungen zu den politischen Institutionen, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 147-165.
- Weßels, Bernhard (1993): Politische Repräsentation als Prozeß gesellschaftlich-parlamentarischer Kommunikation, in: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weßels (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen, S. 99-137.
- Zittel, Thomas (1997): Über die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft. Das Internet als Medium politischer Kommunikation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42, S. 23-29.

---

Stefan Marschall ist Mitarbeiter an der Fernuniversität Hagen; E-Mail: Stefan.Marschall@fernuni-hagen.de